

**Beschluss:**

Im Rahmen der Vorberatung im Sozial- und Gesundheitsausschuss hat sich kein Koordinierungsbedarf ergeben.

Auf Nachfrage bestätigt Herr 1. Stadtrat Hillgruber, dass entsprechende Verträge die gängige Praxis auf kommunaler Ebene seien. Der FD Recht habe die Verträge geprüft, das ULD habe keine Bedenken. Die Höhe der Verpflichtung erfordere den Beschluss der Ratsversammlung.

Die Vorlage möge im letzten Absatz der Begründung dahingehend korrigiert werden, dass die Landesbeauftragte für Datenschutz eine Frau ist.

Im Rahmen seiner Vorberatung stimmt der Hauptausschuss der Vorlage ohne weiteren Wortbeitrag mangels Widerspruch zu.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)
<b>Endgültig entsch. Stelle:</b>	Ratsversammlung